
Europäische Parteien

ANDREAS KIESSLING

Hauptschwerpunkte der Tätigkeiten der europäischen Parteien waren neben der Aufnahme der Arbeit im neu gewählten Europäischen Parlament (EP) weitere Vorbereitungsmaßnahmen für die anstehenden Erweiterungsrounden der EU, die sich in der Aufnahme neuer Mitglieder widerspiegelt, sowie die inhaltliche Positionierung zur Regierungskonferenz 2000. Hinzu kam – vor allem für die EVP-CD – seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ und den daraufhin eingefrorenen bilateralen Beziehungen der restlichen EU-Mitgliedstaaten zur österreichischen Bundesregierung die Frage nach dem Umgang mit der ÖVP.

EVP-CD: zunehmende Heterogenität und steigender Integrationsbedarf

Die Europäische Volkspartei, die sich seit der Fusion mit der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) 1999 Europäische Volkspartei – Christliche Demokraten (EVP-CD) nennt, ging gestärkt aus den Europawahlen am 13. Juni 1999 hervor. Zum ersten Mal seit der Einführung der Direktwahl des EP 1979 wurde sie mit 233 der insgesamt 626 Sitze stärkste Fraktion. Hans-Gert Pöttering (CDU) trat die Nachfolge des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Wilfried Martens an. Martens, der erst auf dem siebten Parteikongress am 7. Februar 1999 im Amt des EVP-CD-Präsidenten bestätigt worden war, hatte nach Querelen mit seiner belgischen CVP auf eine erneute Kandidatur zum EP verzichtet.¹ Gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode war ein Novum zu beobachten: Anstelle der bisher üblichen Absprachen zwischen den beiden großen Fraktionen der EVP-CD und der SPE trat ein Grundsatzübereinkommen zwischen der Volkspartei und der ELDR. In dessen Zuge wurde die französische Abgeordnete Nicole Fontaine (UDF) für die Jahre 1999 bis 2002 zur Parlamentspräsidentin gewählt.² Obwohl beide Fraktionen diese christlich-liberale Zusammenarbeit nicht als politische Koalition ansehen und die Kooperation mit der SPE in Sachfragen fortführen, machte Pöttering doch deutlich, dass er diese Vereinbarung auch als Ausgleich für die sozialistische Dominanz in den anderen EU-Institutionen versteht.³

Inhaltlich bildeten die Revision des Amsterdamer Vertrags und die anstehende Erweiterung einen Schwerpunkt. Der Fraktionsvorsitzende Pöttering betonte einerseits die Notwendigkeit und das Ziel eines Verfassungsvertrags für die Union,⁴ andererseits hält die EVP-CD an einer schnellen Erweiterung der EU fest und begrüßte die Aufnahme von Gesprächen mit den sechs Beitrittskandidaten Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Slowakei.

Konsequent trieb die EVP-CD ihre eigene Erweiterung, auch um Parteien mit nicht christlich-demokratischer Tradition, voran. Einen Meilenstein in dieser Entwicklung bedeutet die Aufnahme von Silvio Berlusconi's Forza Italia als Vollmitglied, die vom Politischen Büro der EVP-CD am 3. Dezember 1999 beschlossen wurde. Dieser Prozess steigert nicht nur den Integrationsbedarf in der EVP-CD, sondern verlangt ebenso nach einer neuen programmatischen Ausrichtung. Eine Arbeitsgruppe soll deshalb bis zum Parteikongress am Ende des Jahres ein Papier zur ideologischen Erneuerung vorlegen. Ferner wurde auf der Sitzung des Politischen Büros die Aufnahme der polnischen SKL als assoziiertes Mitglied beschlossen und dem ungarischen MKDSZ sowie der slowakischen SKM-MKP der Beobachterstatus verliehen. Auf der vorangegangenen Sitzung des Politischen Büros am 1. Oktober 1999 wurden schon die rumänische RMDSZ sowie das Solidarnosc dominierte polnische Wahlbündnis AWS als assoziierte Mitglieder aufgenommen, die PDCS San Marinos erhielt den Beobachterstatus. Die EVP-CD umfasst nunmehr 39 Parteien als Voll- bzw. assoziierte Mitglieder.⁶ Seit ihrem Parteitag im März 2000 strebt die slowakische HZDS ebenfalls eine Annäherung an die EVP-CD an.⁷ Darüber hinaus hat die EVP-CD die Zusammenarbeit mit der Europäischen Demokratischen Union (EDU), in der 43 christlich-demokratische und konservative Parteien Europas zusammengeschlossen sind, intensiviert. Der Lenkungsausschuss der EDU und das Politische Büro der EVP-CD beschlossen, die Sekretariate und die Hauptquartiere der sich weitgehend überlappenden Organisationen, deren Verhältnis dennoch über Jahre sehr gespannt war, zu kombinieren. Außerdem wird eine stärkere Koordination ihrer Aktivitäten anvisiert.⁸

Tiefe Kontroversen innerhalb der EVP-CD löste im ersten Quartal 2000 die Frage nach dem Umgang mit der ÖVP aus, nachdem diese mit der rechtspopulistischen FPÖ eine Regierungskoalition gebildet hatte. Bereits auf dem Madrider Parteitag Anfang Februar forderten die belgischen, französischen und italienischen Konservativen den Ausschluss der österreichischen Christdemokraten. Am 10. Februar befasste sich das Politische Büro der EVP-CD mit der Lage und gab den Anträgen der UDF (Frankreich), PSC (Belgien) und PPI (Italien) auf Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens statt. Zwar hatte sich keine Mehrheit für einen Ausschluss gefunden, doch ließen die Statuten der Partei keine andere Entscheidung zu. Auf der Seite der Österreicher stand vor allem die CDU/CSU, die als stärkste nationale Mitgliedspartei der EVP-CD eine wichtige Rolle spielt. Während der einmonatigen Bedenkfrist, in der drei Vizepräsidenten der Volkspartei das Verhalten der ÖVP beobachtet hatten, kam es wiederholt zu ernststen Problemen. So schlug die EVP-Fraktion eine Einladung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac aus, weil er diese mit der Bitte verband, dass die österreichischen Abgeordneten dem Empfang fern bleiben sollten. Der gerade neu gewählte spanische Ministerpräsident Aznar sagte die Zusammenkunft der EVP-Spitze vor der Europäischen Ratstagung in Lissabon ab. Vorläufig beigelegt wurde der Streit beim Treffen des Politischen Büros am 6. April 2000. Die Kompromisslösung sieht vor, dass eine Kommission zur Beobachtung rechtsextremer Entwicklungen in Europa eingesetzt wird. Der besondere Blick soll sich dabei auf die österreichische Bundesregierung

richten. Gleichzeitig nehmen für die Dauer der Beobachtung keine ÖVP-Vertreter an den Sitzungen der EVP-Gremien teil.⁹

SPE: Dominanz des Intergovernmentalismus und der Fraktion

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) war die klare Verliererin der Europawahlen im Juni 1999. Mit 180 Abgeordneten stellt sie nunmehr die zweitstärkste Fraktion, die nun von Enrique Baron Crespo (PSOE; Spanien) angeführt wird. Die Vormachtstellung der SPE in den anderen EU-Organen blieb hingegen ungebrochen: So kommen zehn der 20 Kommissare aus SPE-Mitgliedsparteien, die Sozialdemokraten sind an elf Regierungen beteiligt und stellen zehn der 15 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse verfestigt sich bei der SPE-Fraktion im EP die Tendenz, stärker als die anderen Parteien die Politik der anderen EU-Institutionen zu unterstützen. So lehnten die Sozialdemokraten z.B. den Vorschlag der EVP-Fraktion ab, der neuen Kommission unter Prodi nur bis zum Ende des Jahres 1999 das Vertrauen auszusprechen.¹⁰ In der Frage der Behandlung Österreichs stellte sich die SPE auch klar auf die Linie der 14 Mitgliedstaaten und begrüßte die Maßnahmen gegen die kleine Alpenrepublik. Der SPE-Vorsitzende Rudolf Scharping (SPD), der auf dem vierten Parteikongress in Mailand am 1. und 2. März 1999 wiedergewählt worden war, erinnerte angesichts der Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ sogar an die „Charta der europäischen politischen Parteien für eine rassismusfreie Gesellschaft“, durch die die Unterzeichner gehalten seien, sich zu weigern, „politische Bündnisse oder eine politische Zusammenarbeit jedweder Art mit einer politischen Partei einzugehen, die rassistische oder ethnische Vorurteile und Rassenhass schürt oder dazu aufruft oder dies versucht“. Aus Anlass des Besuchs des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil beim EP stellte sich auch die SPE-Fraktion klar hinter die politischen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten.¹¹

Weiterhin dominiert bei der SPE die EP-Fraktion sowie vor allem die Zusammenarbeit ihrer nationalen Regierungen. Intergovernmentale Aspekte werden damit weiter betont. Äußeres Zeichen dafür ist die Einstellung des bis Juni 1999 erschienen Newsletters der Partei, die damit ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit aufgegeben hat. Wie so eine Stärkung der Rolle der Parteien im Integrationsprozess erreicht werden soll, bleibt fraglich. Das Erscheinungsbild der SPE wird vor allem von den Konferenzen der nationalen Parteiführer geprägt, die meist vor den Europäischen Ratsreffen einberufen werden, um den breiteren Rahmen der EU-Politik zu diskutieren. Hinzu kommen die Treffen der sozialdemokratischen Mitglieder des Rates der EU. Bereits seit 1996 kommen die nationalen Minister mindestens einmal pro Präsidentschaftsturnus zusammen, um Fragen von allgemeinem Interesse zu behandeln. Angefangen mit den Mitgliedern des ECOFIN-Rates treffen sich nun die SPE-Angehörigen fast aller Fachministerräte.

Wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt der Parteitätigkeit ist die Vorbereitung der Erweiterung. Schon seit Jahren arbeitet die SPE eng mit dem Europäischen Forum für Demokratie und Solidarität zusammen, das die Unterstützung der sozialdemo-

kratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa zur Aufgabe hat. Dazu führte die SPE einen 'Roundtable' im Mai 2000 durch. Besondere Schwerpunkte setzen die Sozialdemokraten, wie es in ihrem Wahlmanifest zur Europawahl 1999 zum Ausdruck kommt, ferner auf die Politikfelder der Sozial- und Gleichstellungspolitik, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Vertiefung der Beschäftigungspolitik, der Verabschiedung einer europäischen Grundrechtecharta sowie der Fortführung der Verteidigungszusammenarbeit.¹²

Die SPE besteht aus 20 Mitgliedsparteien der EU-Staaten, Zyperns und Norwegens sowie aus 15 assoziierten und vier Beobachterparteien hauptsächlich aus Staaten, die den Beitritt zur EU beantragt haben. Der ECOSY (European Community Organisation of Socialist Youth), der Jugendorganisation der SPE, gehören 24 Mitgliederverbände, 16 assoziierte und neun Beobachterorganisationen an.

ELDR: keine Koalition mit der EVP-CD

Die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR) ging gestärkt aus den Europawahlen 1999 hervor. Sie konnte ihre Mandatszahl im EP leicht ausbauen und erreichte als drittgrößte Fraktion 44 Sitze. Die Stimmengewinne waren dabei vor allem auf die Wahlrechtsänderung in Großbritannien zurückzuführen, wo die Liberal Democrats von der Einführung der Verhältniswahl besonders profitierten. Aber auch die schwedische Folkpartiet Liberalerna konnte ihre Stellung ausbauen, während sowohl die FDP als auch das österreichische Liberale Forum an den nationalen Hürden scheiterten. Die ELDR-Fraktion im EP wurde nach der Wahl noch verstärkt durch den Beitritt von sechs italienischen Abgeordneten der Democratici, die vom römischen Bürgermeister Francesco Rutelli angeführt wird und vom jetzigen Kommissionspräsidenten Romano Prodi gegründet worden war. Die Liberalen verfügen somit über 50 Mitglieder im EP. Auf ihrer konstituierenden Sitzung im Juli 1999 wählten die ELDR-Abgeordneten Pat Cox (Irish Independent) wieder zum Fraktionsvorsitzenden. Er führte auch die Verhandlungen mit der EVP über das Grundsatzabkommen, das festlegt, dass Cox Nicole Fontaine im Amt des Parlamentspräsidenten in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nachfolgen wird. Dennoch betonte Cox klar, dass er das Abkommen nicht als politische Koalition mit der Volkspartei versteht.¹³

Die ELDR, die auch künftig vom dänischen Außenminister Uffe Ellemann-Jensen angeführt wird, besteht nun aus 25 Mitgliedsparteien aus zwölf EU-Staaten und fünf osteuropäischen Staaten sowie der Schweiz. Hinzu kommen 13 so genannte „affilierte“ Parteien aus ost- und südosteuropäischen Staaten sowie aus Andorra. Die kosovarische PLK, die bisher den Status einer affilierten Mitgliedspartei hatte, wurde als Vollmitglied, die bulgarische Liberal Democratic Union, ein Zusammenschluss von vier liberalen Parteien, und die albanische Democratic Alliance Party wurden als affilierte Parteien aufgenommen. Obwohl es die ELDR anstrebt, ist die Möglichkeit einer individuellen Mitgliedschaft immer noch nicht verwirklicht, jedoch hat die liberale Jugendorganisation LYMEC ihre Regularien dementsprechend geändert.

EFGP: Ausbau von Parteistrukturen?

Die Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP) gewann bei den Europawahlen 1999 38 Mandate. Als Fraktion „Grüne – Europäische Freie Allianz“ stellt sie mit 47 Abgeordneten die viertstärkste Gruppe im EP. Sie wird von Heidi Hautala (Vihreä Liitto, Finnland) und Paul Lannoye (Ecolo, Belgien) als Co-Präsidenten geführt. Insgesamt hat sich die Stellung grüner Parteien in Europa dramatisch verändert. Sie sind nicht mehr länger Protestparteien, sondern wandeln sich zunehmend zu etablierten Parteien, die bereits in fünf EU-Mitgliedstaaten Regierungsverantwortung tragen.¹⁴ Die besonderen Schwierigkeiten, die sich für die EFGP aus dieser Entwicklung ergeben, wurden in der Diskussion um den NATO-Einsatz im Kosovo-Konflikt deutlich. Während einige nationale Regierungen mit grüner Beteiligung die Luftangriffe mit zu vertreten hatten, forderte die Mehrheit der Mitgliedsparteien auf Anfrage des EFGP-Komitees, das einem Parteivorstand entspricht, eine sofortige Feuerpause. Um der neuen Rolle gerecht zu werden, sieht der neue Generalsekretär der EFGP, Arnold Cassola (Alternativa Demokratika, Malta), als wichtigste Aufgabe die Verstärkung der Kooperation der Mitgliedsparteien, aber auch die Verbesserung der Absprachen zwischen Partei und EP-Fraktion an.

Dennoch ist die EFGP auch weiterhin erst auf dem Weg eine europäische Partei im Sinne von Art. 191 EGV zu werden. Immer noch verzichtet die EFGP auf eine Organisationsform, die sich auf die EU als Aktionsfeld bezieht.¹⁶ So erstreckt sich der Kreis ihrer Mitglieder über den Unionsrahmen hinaus. Auf der achten EFGP-Ratstagung in Bratislava Anfang Oktober wurde die rumänische *Federatia Ecologista din Romania* als 31. Mitgliedspartei aufgenommen. Dem Ökologische Forum in der Union für die Freiheit Polens wurde der Beobachterstatus verliehen.

Der neunte EFGP-Rat, der vom 24. bis 26. März auf Zypern tagte, bestätigte bei der Neuwahl des Komitees Franz Floss (Die Grünen, Österreich) im Amt eines der beiden Sprecher. Nachfolgerin seiner bisherigen Co-Sprecherin Niki Kortvelyessy (Green Party of England and Wales) wurde Marian Coyne (Scottish Green Party).

Ausblick: Legitimität der EU und die europäischen Parteien

Die Europawahlen 1999 sollten als Menetekel wirken. Der dramatische Einbruch der Wahlbeteiligung ist nicht nur Zeichen der Unkenntnis über die Aufgaben des EP, sondern auch des Misstrauens und des Desinteresses an der EU. Die europäische Integration hat ihre Erfolge rasch konsumiert. Europa droht, seine Bürger zu verlieren. In den Nationalstaaten sind die Parteien wichtige Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Diese Funktion können sie auf europäischer Ebene nicht übernehmen. Es fehlt die Möglichkeit zur Dramatisierung von unterschiedlichen, alternativen Politikkonzepten. Europa hat für die Wähler kein Gesicht. Die europäischen Parteien können die Wahlen zum EP nicht zum Plebiszit für einen neuen Chef der Exekutivbehörde stilisieren.

EVP, SPE, EFGP und die Demokratische Partei der Völker Europas haben Ende 1999 eine Stärkung der Rolle der Parteien, deren Rechtsstellung nach dem In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrags nun in Art. 191 EGV (bisher Art. 138a EGV) ge-

regelt ist, zur Demokratisierung des Integrationsprozesses gefordert.¹⁷ Ebenso hat das EP in der Vorbereitung der Regierungskonferenz 2000 eine entsprechende Resolution verabschiedet.¹⁸ Abzuwarten bleibt, ob die EU diesem Vorschlag folgt und ein Statut der politischen Parteien als positiven Schritt zur Ermöglichung der Partizipation der Bürger ausarbeitet.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Kießling, Andreas, Europäische Parteien und interparlamentarische Zusammenarbeit, in: Weidenfeld, Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1998/99, Bonn 1999, S. 297.
- 2 Vgl. Grundsatzübereinkommen zwischen der EVP- und ELDR-Fraktion – 14. Juli 1999, veröffentlicht z.B. unter: <http://eld.europarl.eu.int/docs/1999-STAFF-0255-DE.html>
- 3 Vgl. EPP-News, „Less cosiness with the left“, Pöttering sets out priorities, v. 16. Juli 1999; *Das Parlament*, Nr. 32/33 v. 6./13. August 1999, S. 14.
- 4 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13. Januar 2000, S. 10.
- 5 Vgl. hierzu wie zum folgenden die fortlaufenden Nummern des EVP-Newsletters EPP-News 1999/2000.
- 6 Vgl. EPP-News v. 3. Dezember 1999.
- 7 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20. März 2000.
- 8 Vgl. EPP-News v. 28. April 2000.
- 9 Vgl. dazu Berichterstattung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 7. und 11. Februar, 9., 20. und 25. März, 7. April 2000. Vgl. auch EPP News v. 10. Februar, 17. März und 10. April 2000.
- 10 Vgl. Pressemitteilung der SPE-Fraktion, *Kräftiger Dämpfer für Christdemokraten und Konservative* v. 1. September 1999.
- 11 Vgl. Pressemitteilung der SPE-Fraktion, *President Klestil in EP/Declaration of the PES Group Presidency* v. 12. April 2000.
- 12 Vgl. dazu auch Maurer, Andreas, Mittag, Jürgen, *Europäische Parteien*, in: Weidenfeld, Werner, Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 7. Aufl., Bonn 2000, S. 160.
- 13 Vgl. *The online Newsletter of the ELDR Party*, 2/1999, http://eld.europarl.eu.int/Party%20web%20Site/News1-99/news299_1.htm
- 14 Vgl. hierzu wie zum Folgenden die fortlaufenden Nummern des EFGP-Newsletters „Update“ 1999/2000.
- 15 So Arnold Cassola in: *Update*, Nr. 5, Dezember 1999, S. 3.
- 16 Vgl. dazu auch Jansen, Thomas, *Europäische Parteien*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Gütersloh 1999, S. 397.
- 17 Siehe das gemeinsame Statement von Rudolf Scharping (SPE), Wilfried Martens (EVP), Nelly Maes (Demokratische Partei der Völker Europas) und Arnold Cassola (EFGP) v. 21. Dezember 1999.
- 18 Vgl. *Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung der Reform der Verträge und der nächsten Regierungskonferenz* (C5-0143/1999 – 1999/2135 (COS)).

Weiterführende Literatur

- Damm, Sven Mirko, Die europäischen politischen Parteien: Hoffnungsträger europäischer Öffentlichkeit zwischen nationalen Parteien und europäischen Fraktionsfamilien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2 (1999), S. 395-423.
- Huber, Peter M., Die politischen Parteien als Partizipationsinstrument auf Unionebene, in: *Europarecht*, 34. Jg., Heft 5 (1999), S. 579-596.
- Jansen, Thomas, *Europäische Parteien*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Gütersloh 1999, S. 395-409.
- Maurer, Andreas, Mittag, Jürgen, *Europäische Parteien*, in: Weidenfeld, Werner, Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 7. Aufl., Bonn 2000, S. 156-161.
- Monath, Hagen, *Politische Parteien auf europäischer Ebene. Der Inhalt des Art. 138a EGV und seine Bedeutung im Rahmen der europäischen Integration*, Diss., Bonn 1998.